

Änderungsantrag

der Abgeordneten Alexander Bonde, Anna Lührmann, Omid Nouripour, Kerstin Andreae, Birgitt Bender, Kai Gehring, Katrin Göring-Eckardt, Priska Hinz (Herborn), Elisabeth Scharfenberg, Christine Scheel, Joseph Philip Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 16/9900, 16/9902, 16/10419, 16/10423, 16/10424, 16/10425 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2009
(Haushaltsgesetz 2009)**

**hier: Einzelplan 23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung**

Der Bundestag wolle beschließen:

Für den zivilen Wiederaufbau in Afghanistan werden im Einzelplan zusätzlich 67 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Hierzu wird der Ansatz der Bilateralen Finanziellen Zusammenarbeit (Kapitel 23 02 Titel 866 01) um 44 Mio. Euro und der Ansatz der Bilateralen Technischen Zusammenarbeit (Kapitel 23 02 Titel 896 03) um 23 Mio. Euro erhöht.

Berlin, den 25. November 2008

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

Es gibt Fortschritte und positive Entwicklungen in Afghanistan. Dennoch ist die Sicherheitslage prekär. Von einer Verbesserung der Lebenssituation für die breite Bevölkerung in allen Teilen des Landes ist Afghanistan noch weit entfernt.

Die Debatte über militärische Kapazitäten, Aufstandsbekämpfung und Mandatsgrenzen überschattet dabei völlig die notwendige Diskussion über die Strategie beim zivilen Aufbau. In Wirklichkeit liegt bisher das Schwergewicht der Anstrengungen auf der militärischen Seite des Einsatzes. Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren ihr ziviles Engagement für Afghanistan zwar verstärkt, die bisherigen Bemühungen reichen aber bei weitem nicht aus.

Die Prioritäten der internationalen Afghanistanpolitik sind nach wie vor falsch gesetzt. Damit die Menschen in allen Landesteilen stärker vom internationalen Engagement profitieren, ist ein Wechsel weg von der militärischen Dominanz hin zu einer massiven Stärkung der zivilen Aufbau- und Friedensarbeit erforderlich. Die entwicklungspolitischen Möglichkeiten und Leistungen, deren Auftrag und Ziele müssen endlich in den Vordergrund gestellt werden. Die entwicklungspolitische Aufbauarbeit muss dabei massiv ausgebaut und den aktuellen Herausforderungen angepasst werden.

Neben dem Aufwuchs im Einzelplan 23 sind auch die anderen Ressorts in die verstärkten Wiederaufbaumühnungen einzubeziehen. Aus diesem Grund halten wir inhaltlich an unseren Forderungen in den Haushaltsberatungen fest, im Einzelplan 05 zusätzliche 33 Mio. Euro für den Stabilitätspakt sowie 10 Mio. Euro im Einzelplan 14 für strukturelle Krisenvorsorge zu veranschlagen.